

Wirtschaftskrise als Chance?

Referat am Symposium 2009 der Ernst Schmidheiny Stiftung

Wirtschaftskrise und Medien – Chance zur Aufklärung verpasst?

Von Lukas Hässig

Viele Menschen wissen genau, was sie am 11. September 2001 taten. Für uns Schweizer Wirtschaftsjournalisten kommt dem 1. Oktober 2007 eine ähnliche Bedeutung zu. An jenem Montag meldete die UBS 4 Milliarden Dollar Verluste im Handel mit Subprime-Papieren. *Milliarden!* Eine unglaublich hohe Summe. Die Finanzkrise hatte die Schweiz erfasst.

Von da an lebten wir mitten in einem unsichtbaren Sturm und „genossen“ die beste Aus- und Weiterbildung unserer Karriere. Value at risk, Fixed Income, Backtesting exceptions, Tier-1 ratio, all das kannten wir Finanzjournalisten vom Hörensagen von den Bank-Presskonferenzen. Nun mussten wir erstmals *wissen*, was es damit auf sich hatte. Subprime-Papiere, Super Seniors, Mortgage Backed Securities, CDOs, Credit Default Swaps – das Investmentbanking-Chinesisch ging uns plötzlich alle etwas an. Es konnte über Leben oder Sterben einer UBS entscheiden.

Die Finanzkrise traf nicht nur die Schweizer Grossbank mit voller Wucht. Wir Medienschaffenden waren ebenfalls herausgefordert wie seit langem nicht mehr. Das Thema war zwar schwierig, es hatte gestandene Bankiers und intelligente Regulatoren auf dem linken Bein erwischt. Aber es lohnte sich, sich hineinzuknien. Das war *die* Krise unserer Generation, eine once-in-a-lifetime Gelegenheit für alle leidenschaftlichen Berichterstatter. Geschichte wurde vor unseren Augen geschrieben, und wir konnten versuchen, mit ihr Schritt zu halten.

Ist dies geglückt? Haben wir die Dimension der Krise rechtzeitig erkannt? Waren wir nah genug an den wesentlichen Fragen dran? Traf unsere Kritik ins Schwarze?

Kurz: Waren wir unserer Aufgabe als unabhängige Kritiker und professionelle Beobachter gewachsen?

Wir waren es, glaube ich, nicht. Zuerst unterschätzten die meisten von uns die Gefahren der Finanzkrise und das riesige Verlustpotenzial. Danach liessen wir uns zu rasch von den Verantwortlichen einlullen und stimmten in deren Chor ein, wonach eine Naturkatastrophe gewaltigen Ausmasses die Finanzindustrie erfasst hätte. Das Argument lief darauf hinaus, Milliardenverluste in aussergewöhnlichen Krisenzeiten als zwingend zu akzeptieren. Als schliesslich die akute Krise überstanden war, wendeten sich viele Berichterstatter erleichtert einfacheren Themen zu.

Nun ist die Diskussion über die Lehren aus der Katastrophe angelaufen, und wieder suchen wir vergeblich einen überzeugenden Diskurs in unseren Medien. Experten debattieren unter Ausschluss der Öffentlichkeit über Mittel und Wege, wie eine solche Kernschmelze in Zukunft verhindert werden kann. Dass das mediale Interesse an den Lessons learned gegen Null sinkt, ist nicht die Folge autistischer Spezialisten, die in Ruhe gelassen werden wollen. Vielmehr sind wir Medienschaffenden offenbar froh darum, uns einfacherer Kost zuwenden zu können. Wie Ghadhafis Ausrastern oder Hirschmanns Faustschläge. Da fliegen die Fetzen, das versteht jeder.

Solche Storys versprechen süffigen Stoff. Was aber soll Aufklärung in den Medien, wie der Titel dieses Referats postuliert? Aufklärung gehört ins Elternhaus oder an die Schulen. Die Medien decken auf, klagen an, feiern und feuern. Aber aufklären? Wir sind doch keine Erzieher.

Warum nicht? Wenn es wichtig wird, wenn Entscheidendes passiert, könnten wir auch erziehen. Oder aufklären. Die Finanzkrise, daran besteht kein Zweifel, *ist* wichtig. Aufklärung im Sinne von erklären, von einordnen, verständlich machen – das tut not. Auf-Klären, hell machen, nicht mehr im Trüben fischen ist gemeint; damit die Leser, Zuhörer und Zuschauer besser verstehen, was in den grossen Banken und an den grossen Märkten gespielt wird. So würden komplexe Themen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise zur Chance für die Medien, sich zu profilieren. Print und elektronische Medien könnten zu unverzichtbaren Wegweisern werden.

Die Bedeutung von Medien, die in diesen Zeiten auf-klären, wird rasch klar, wenn man die entscheidenden Fragen beleuchtet, welche die grosse Krise aufgeworfen hat.

Warum verdienen Händler und Spitzenmanager der Grossbanken zweistellige Millionensaläre, wenn sie dadurch animiert werden, die Finanzwelt an den Abgrund zu führen? Warum gibt es Firmen wie die UBS, die man unter keinen Umständen fallen lassen darf? Was nützen Heerscharen von staatlichen und privaten Risikokontrolleuren, Analysten, Professoren und Journalisten, wenn sie wir alle blind sind, wenn es auf uns ankommt?

Die Debatten rund um diese Fragen müssten längst in den Medien stattfinden. Beispielsweise jene über die Entschädigungen, die viele von uns als medial überdreht empfinden. Die Frage ist jedoch von entscheidender Bedeutung. Nicht weil die Boni jeweils im Frühling für einen öffentlichen Aufschrei sorgen. Sondern weil die falsch gesetzten Anreize fürs Topmanagement und die Händler die Banken zu Lemmingen gemacht haben. Alle setzten auf die gleichen Papiere, bis es zum Crash kam und alle gleichzeitig zum Ausgang rannten.

Haben Sie mitgekriegt, dass die grundsätzliche Weichenstellung in Sachen Lohn und Bonus für Banken letzte Woche erfolgte? Das mediale Echo war vergleichsweise gering auf die Ankündigung der Finanzmarktaufsicht (Finma). Haben Sie registriert, wie stark die Finma zurückkrebste? Keine Offenlegung bei den höchsten Händlerlöhnen, kein Malus bei den variablen Entschädigungen, kein Verbot garantierter Boni, lauteten die Beschlüsse des Regulators. Kein Wunder, spendeten die Banken Applaus.

Die NZZ begrüsst das Rundschreiben der Bankenaufsicht als guten Kompromiss. Der gleiche Journalist, der 2004 früher als alle anderen das zweistellige Millionensalär von Marcel Ospel als „krank“ kritisierte, winkte nun die Abschwächungen als einer der ersten und prominentesten Beobachter durch. Die meisten Schweizer Medien kamen zu ähnlichen Urteilen. Das Land könne sich einen Alleingang bei den Entschädigungen nicht erlauben, lautete der Tenor. Man würde sonst am eigenen Ast sägen.

Auch wenn das Argument ständig nachgebetet wird, richtiger wird es dadurch nicht. Der Trend zeigt international in eine andere Richtung. England, das tendenziell liberaler ist als die Schweiz, will seiner Bankenaufsicht das Recht einräumen, Verträge mit hohen Entschädigungen zu annullieren. Nie mehr sollen gierige Banker mit ihren Wetten einen Kollaps provozieren können, den zuletzt die Steuerzahler ausbaden müssen, begründet die englische Regierung den Eingriff in die Vertragsfreiheit.

Wo bleibt bei uns der öffentliche Diskurs über Sinn und Unsinn von nach oben offenen Löhnen bei den Banken? Welche Gefahren drohen, wenn erneut jene Händler und Manager besonders belohnt werden, die die grössten Risiken eingehen? Während bei uns die nächsten hyperventilierenden

Berichte zu Mega-Boni anstehen, verschlafen wir die angelaufene weltweite Diskussion um gefährliche Entschädigungssysteme bei den Grossbanken.

Warum ihre Spitzenleute bei Sonnenschein vergoldet werden sollen, während die Kosten der Krise dem Steuerzahler aufgebürdet werden, leuchtet nicht ein. Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren, so lautet der falsche Grundsatz – immer noch.

Ein Argument für eine Lohnmitsprache des Staats wäre, dass Grossbanken, die der Staat nicht fallen lassen kann, den Charakter von Infrastrukturfirmen haben. Ohne sie steht das Land still. Das kann Begrenzungen bei den Entschädigungen der wichtigsten Funktionsträger legitimieren.

Mir ist keine Schweizer Zeitung präsent, welche die Fragen von Finanzkonzernen als Utilities pronociert aufwarf, die wie Stromkonzerne einen Versorgungsauftrag zu erfüllen haben. Strombarone verdienen gut, aber meines Wissens keine zweistelligen Beträge. Die Frage der richtigen Anreizstrukturen in den Chefetagen der Banken ist ein Schlüsselthema dieser Krise. Doch als die Würfel in der Schweiz fielen und die Finanzmarktaufsicht dem Druck der Banken nachgab, blieb es in unserem Blätterwald erstaunlich still. Die Gefahr, dass sich im Kern nichts ändert, ist gross.

Ein zweites Beispiel ist die Too-big-to-fail-Problematik. Die UBS durfte nicht untergehen, weil sonst die Schweiz irreparablen Schaden genommen hätte. Das Problem war in der Literatur längst bekannt, doch praktisch niemand konnte sich vorstellen, dass es sich eines Tages manifestieren könnte. Dass die Massenmedien damals abseits standen, kann man ihnen nicht zum Vorwurf machen. Dass sie heute erneut wegschauen, umso mehr.

Praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutieren derzeit Fachleute mögliche Massnahmen. Wie können die vernetzten Grossbanken im Notfall zerlegt werden, damit sie ihre Infrastrukturfunktion weiterhin erfüllen können? Mit welchen Kapitalvorschriften wollen die Regulatoren verhindern, dass UBS und CS erneut ihr Handelsgeschäft à gogo ausweiten? Sollen Handels- und Anlagegeschäft unter einem Dach verboten werden, so wie in den 30er Jahren in den USA mit dem Glass-Steagall-Act?

Auch bei diesem zweiten zentralen Thema der Bankenkrise gehen die medialen Wogen in der Schweiz höchstens bei Vorstössen der speziellen Art hoch. Als sich Christoph Blocher, Nicolas Hayek und SP-Präsident Christian Levrat für eine Verkleinerung der Grossbanken verbrüderten, schrieb das Schlagzeilen auf dem Boulevard. Seither zerbrechen sich die Experten wieder abseits vom grellen Scheinwerferlicht den Kopf über die Frage.

Hätten wir Journalisten die steile „Learning curve“ der Krise genutzt, würden wir uns nicht erneut von den alten Marketingzahlen blenden lassen. Die UBS und die CS überbieten sich derzeit mit der Frohbotschaft, über äusserst dicke Eigenkapitalpolster zu verfügen. Das stimmt lediglich bezüglich der engen risikogewichteten Betrachtung und unter Ausblendung von cleveren Kapitalinstrumenten. Nimmt man hingegen die absolute Bilanzgrösse und das effektive Kernkapital zum Massstab, sind die beiden Schweizer Grossbanken weiterhin unterkapitalisiert und befinden sich im internationalen Vergleich im hinteren Teil. In England sollen die Grossbanken ein „Testament“ erstellen müssen, wie sie im Konkurs ihr Geschäft aufzuteilen gedenken.

Doch das wollen die Banken nicht hören. Und wir Journalisten schrieben allenfalls darüber, als der frühere CS-Präsident vor Jahresfrist die verschärften Vorschriften der Aufsichtsbehörden attackierte. Dabei hätte ein Blick auf die Verluste und die in der Krise geschmolzenen Eigenkapitalquoten genügt, um die Bedeutung von mehr eigenen Mitteln zu belegen.

Die UBS hat seit dem 1. Oktober 2007 53 Milliarden Dollar mit faulen Wertpapieren verloren, bei der CS waren es 19 Milliarden. Die UBS hat damit die fünftgrössten Verluste weltweit erlitten, hinter vier US-Banken. Ihre Eigenkapitalquote befand sich Anfang 2008 im freien Fall.

Inzwischen sind die horrenden Abstürze der beiden Grossbanken Schnee von gestern. In Interviews und Essays klopfen sich die Chefs auf die Schultern. Vor allem die CS-Verantwortlichen zeichnen für Swiss Banking im Allgemeinen und für ihr Institut im Speziellen eine goldene Zukunft.

Die Schweiz habe nur acht Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftskraft zur Rettung der Banken aufwerfen müssen, ein Bruchteil der Summen im Ausland, freute sich der neue CS-Präsident. Kein Wort verlor er zum Klumpenrisiko seiner Bank und von Konkurrentin UBS. Dass das viele Steuergeld für eine einzige Bank aufgeworfen werden musste, blieb in den meisten Zeitungen unerwähnt. So schnell war die dramatische Rettung der UBS im Oktober 2008 in Vergessenheit geraten.

Das dritte Beispiel einer erstaunlichen Oberflächlichkeit und Kritiklosigkeit unserer Medien scheint mir die Begleitung des US-Steuerstreits. Wie schon lange nicht mehr floss die Tinte zwar in Strömen. Zuletzt wurde jede Zuckung aus dem Innern des komplizierten Justizfalls zwischen der UBS und den amerikanischen Behörden im Minutentakt vermeldet. Der *Blick* rief seine Leser auf, sich in eine Telefonkonferenz der Anwälte der beiden Lager einzuwählen. Man währte sich in einem Live-Thriller.

Doch kaum hatte das Drama seinen Höhepunkt erreicht, war die Luft draussen. 4'450 US-Kunden will die Schweizer Regierung dem Fiskus in Amerika ausliefern. Ein paar harsche Kommentare in den Zeitungen, empörte Kritik der usual suspects, das wars. Die entscheidenden Fragen blieben unbeantwortet, sie wurden nicht einmal gestellt.

Wie konnte die Schweiz Tausende von langjährigen Kunden über Nacht zu Steuerbetrügerei machen? Wie war es möglich, dass das Bankgeheimnis nach 75 Jahren sang- und klanglos begraben wurde? Was würde die Kapitulation vor den USA für das viele Schwarzgeld aus EU-Ländern bedeuten? Warum kamen die Verantwortlichen in der UBS-Chefetage ungestraft davon, während die Chefs von Kleinbanken wie Swissfirst oder der Neuen Zürcher Bank aus dem Verkehr gezogen werden?

Dass die Medien oft nicht hinterfragen, sondern hinterherrennen, zeigte sich exemplarisch kurz nach dem Vertragsabschluss mit den USA. Bundespräsident Hans-Rudolf Merz setzte damals zu seinem Libyen-Irrflug an, später kam die fragwürdige Polanski-Verhaftung hinzu. Beides rückte die UBS-Geschichte sofort in weite Ferne. Wenn Finanzminister Merz kein Magistrat wäre, müsste ihn die Grossbank für sein mediales Ablenkungsmanöver vergolden.

Was ist los mit uns Journalisten, dass wir die grösste Krise seit Jahrzehnten nicht besser meisterten? Drei Punkte möchte ich herausstreichen. Der erste ist die Nähe von Journalisten zu den Entscheidungsträgern oder die Bereitschaft, sich zu deren Nachrichtenüberbringern zu machen. Als im Dezember 2007 die UBS weitere 10 Milliarden Dollar Verluste vermelden musste, begründete dies Präsident Marcel Ospel in den Frühnachrichten von Radio DRS. Was das Publikum nicht wusste: Dahinter stand keine Extraleistung der Redaktion. Der oberste DRS-Chefredaktor hatte am Vortag mit der Grossbank das Exklusiv-Interview zur Verkündung der Bad news vereinbart.

Im Februar darauf publizierte die Bilanz eine Titelstory über Ospel und dessen Plan, sich nur noch für ein Jahr als Präsident wählen zu lassen. Ziel sei, die Krise aus eigener Kraft zu bewältigen, ganz nach Ospels Motto, Teil der Lösung zu sein. Viele Leser waren sich nicht bewusst, dass der Bilanz-Journalist Ospels Biograph war und über einen direkten Draht zum schlingernden Bankchef

verfügte. Ein Monat später war Ospel Geschichte. Weitere 19 Milliarden Dollar Wertverluste auf den gigantischen Subprimeberg kostete ihm den Kopf. Der grosse Bilanz-Artikel war offenbar zur eigenen Rettung von Ospel in die Wege geleitet worden.

Ein Jahr später, Mitte Januar 2009, machte der Chefredaktor der NZZ am Sonntag die Notrechtspläne des Bundesrates im US-Steuerstreit publik. Die Zeitung nutzte im brisanten Dossier ihren direkten Draht nach Bern. Der freisinnige Journalist erhielt die präzisen Informationen möglicherweise von freisinnigen Spitzendiplomaten aus dem Aussendepartement. Im August kannte die Zeitung dann die genauen Details des Vertrags zwischen der Schweiz und den USA drei Tage vor Unterzeichnung. Was aus dem Text nicht hervorging: Die Journalisten konnten den definitiven Vertragstext vorab einsehen. Die Strategie des Bundes ging auf, die Zeitung stellte den Deal als „besser als befürchtet“ für die Schweiz dar

Zufällig ausgewählte Beispiele, die teilweise Interessantes berichteten, gleichzeitig den Lesern wichtige Hintergrundinformationen vorenthielten. Die Entscheidungsträger liessen in entscheidenden Momenten ihre Beziehungen spielen und nutzten das Wohlverhalten der ausgewählten Medien, auf das sie zählen konnten, um eine wohlgesinnte Berichterstattung zu erhalten. In den angelsächsischen Ländern spricht man von „Spin doctors“, die den Medien Storys exklusiv zuhalten, die im Gegenzug den gewünschten „Drall“ versprechen müssen. Die kritische Würdigung bleibt auf der Strecke.

Die zweite Ursache für die Schwäche der Schweizer Medien erkenne ich in der fehlenden publizistischen Vision. Die drei grossen Tageszeitung NZZ, Tages-Anzeiger und Blick machten kürzlich einen grossen Herbstputz und erneuerten alle innerhalb von Wochen ihr Erscheinungsbild. Die Branche reagierte aufgeregt, das neue Layout, die Ausweitung von vier auf fünf Spalten oder die Rückkehr vom Klein- auf das Normalformat hielten die Chefredaktoren und Journalisten auf Trab. Später gingen die Wogen wegen eines Newsrooms oder den Abbauplänen bei Zeitungen hoch.

Es war ein Hype um Verpackung, um Form. Das Wesentliche, der Inhalt, kam nur nebenbei zur Sprache. Wenn, dann in abgehobenen Phrasen, mit Verweis auf ausländische Vorbilder, die hierzulande kaum einer liest. Der Kern des Journalismus sind Recherche, Gedanken und Erklärungen. Die Finanzkrise ist derart komplex und die eingetretenen Schäden derart gravierend, dass selbst mit intensivster Recherche und Berichterstattung vieles unklar bleiben musste. Wieviel mehr gilt das, wenn das Hauptaugenmerk auf farbigen Seitenüberschriften und grossen Bildern liegt statt auf der Suche nach den Kernfragen.

Drittens ist vielen von uns, die in der Mitte ihres Journalistenlebens stehen und die nötige Erfahrung für schwierige Themen allmählich mitbringen, die Lust am Beruf abhanden gekommen. Das Lamentieren über die Arbeitsplatzunsicherheit, über Extraeinsätze und mühsame Redaktions-Abläufe nimmt überhand. Die Lust, einer Sache auf den Grund zu gehen, der Drang, das Wesentliche herauszufinden, die Freude, die Leser ins Bild setzen zu können – all das scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Statt dessen verwenden viele von uns ihre Energie, über die Mühsal ihres Berufsalltags zu jammern.

Der Zürcher Soziologieprofessor Kurt Imhof und sein Team konstatieren bei erfahrenen Journalisten, die bei den wichtigen Zeitungen arbeiten, einen wachsenden Frust, während der Nachwuchs bei Gratiszeitungen und Lokalradios zufrieden, aber unkritisch sei. „Wir haben eine Verelendungspraxis mitsamt einem Generationenwechsel“, bringt Imhof den Trend in der NZZ auf den Punkt. Auch er spricht von Aufklärung, und zwar im Zusammenhang mit unserer Staatsform. Es brauche eine Rückbesinnung auf die „uralte Einsicht der liberalen Aufklärungsbewegung, dass die Qualität der öffentlichen Kommunikation die Qualität der Demokratie“ bedinge. Die entscheidende Frage wird sein, ob die zukünftige Schweizer Journalistengeneration noch über die

nötige Erfahrung verfügen wird.

Wie die Banken sind auch viele Medien in eine Krise geraten. Eine Geld-, aber auch eine Sinnkrise. An der Spitze der Medienhäuser fehlen oft Zeitungsprofis, die wüssten, wie Qualitätsjournalismus funktioniert und wie – vielleicht – damit auch wieder Geld verdient werden kann. Doch mit Klagen ist es für uns Journalisten nicht getan. Jeder hat die Wahl zwischen Frust und Aufbruch, zwischen Alltagstrott und Neugier, zwischen Nachbeten und kritischer Distanz.

Viele von uns wurden Journalisten, weil sie einen Unterschied machen wollten. Wir wollten dazu beitragen, dass sich Leser kritisch mit ihrer Umwelt auseinandersetzen können. In der Finanzkrise zeigte sich meiner Meinung nach, dass wir unsere Aufgabe als unabhängige, kritische und professionelle Berichterstatter nicht genügend erfüllten. Das kann bei der nächsten Krise nur anders werden, wenn wir Journalisten uns nicht vorschnell von den Protagonisten einspannen lassen. Wir sind dem Leser verpflichtet, er zahlt für unsere Dienste, seine Erkenntnisse machen unseren Beruf aus. Diesen simplen Grundsatz müssen wir uns wieder vergegenwärtigen.